



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

## **Beantwortung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023**

**Eingereicht von: PETA Deutschland e.V.**

**Ansprechpartner: Peter Höffken**

**E-Mail: peterh@peta.de**

**Besonderheiten:**

### **Frage 1:**

1. Tierversuche

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die 3R-Forschung zu stärken - mit Fokus auf Replacement und tierfreien Methoden?

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass unabhängige Gutachten vor der Entscheidung über Tierversuchsanträge mit dem Schweregrad „schwer“ vorliegen müssen?"

### **Position der SPD LAND BREMEN:**

Aus Sicht der SPD muss die Wissenschaftsfreiheit, die auch für die Methodenwahl in Forschung und Lehre gilt, mit dem verfassungsrechtlichen Schutzziel im Tierschutz in Einklang gebracht werden. Ein wichtiger Schritt ist hier die 3R-Forschung. Lt. § 8 des Bremischen Hochschulgesetzes fördern die Hochschulen in Lehre und Forschung in den entsprechenden Fächern die Entwicklung von Methoden und Materialien, die die Verwendung von lebenden und eigens hierfür getöteten Tieren verringern oder ganz ersetzen können. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes haben wir gerade erst eine jährliche Berichtspflicht der Hochschulen über die hier erzielten Fortschritte an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen erstmals zum 31. März 2023 verankert. Darüber hinaus wurden die Regelungen zum Tierschutz weiter geschärft.

### **Frage 2:**

2. Jagdpraktiken

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdausübung mit Totschlagfallen untersagt wird?

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Bremen nur noch im Einzelfall und mit zuvor einzuholender behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

a) Wir wollen das Jagdgesetz reformieren, um mehr Tierschutz zu erreichen, soweit nicht höherrangige Rechtsgüter betroffen sind. Dabei setzen wir uns als Bremer SPD unbedingt dafür ein, Formen der Jagdausübung, die zu unnötigem Tierleid führen, zu untersagen.

b) Seit dem Erlöschen der Tollwut und durch eine nährstoffreichere Landschaft mit gesteigertem Nahrungsangebot sind auch in Bremen die Bestände des Fuchses stabil. Die Tötung eines Fuchses ohne vernünftigen Grund steht bereits heute nach deutschem Tierschutzrecht unter Strafe. Sofern zugunsten anderer Tiere und damit aus Tierschutzgründen – beispielsweise zum Brutschutz in Vogelschutzgebieten – die Tötung im Einzelfall erforderlich ist, bedarf es – um diese Voraussetzungen bewerten zu können - zudem eines Jagdscheins. Eine angemessene Aufsicht über Fuchsbejagung werden wir sicherstellen.

**Frage 3:**

3. Landwirtschaft und Ernährung

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

b) Wird sich Ihre Partei für Ausstiegshilfen für Landwirt:innen einsetzen, die aus der Tierhaltung aussteigen wollen?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

a) Wir fördern pflanzliche Ernährung und werden daher in allen öffentlichen Kantinen, von Schul- und Unimensen bis zu Behördenkantinen, ein günstiges, vollwertiges veganes Angebot schaffen. Beim Studierendenwerk wollen wir darauf hinwirken, dass der Anteil von Fleisch- und Fischgerichten deutlich reduziert wird.

b) Wir treten im Bund für eine Verschärfung der gesetzlichen Haltungsbedingungen für Tiere in der Landwirtschaft ein und wollen diese mittelfristig oberhalb der derzeitigen EU-Ökoverordnung ansiedeln, deren Standards wir ebenfalls anheben wollen. Bremer Landwirt\*innen, die Tiere schon heute oberhalb der Mindeststandards halten, werden hiervon profitieren. Bedarfe für generelle Ausstiegshilfen für Landwirte aus der Tierhaltung sehen wir derzeit nicht.

**Frage 4:**

4. Tierschutz beim Angeln

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen.

a) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

Das deutsche Tierschutzgesetz lässt das Angeln nur mit einer sinnvollen Verwertung des Fanges zu. Wer ein Fischereirecht ausübt, hat nach bremischem Recht dabei die natürlichen Lebensgemeinschaften in Gewässern und an den Ufern, insbesondere seltene Pflanzen- und Tierarten, zu erhalten. Dies ist bei Wettfischveranstaltungen, bei denen es nur um das höchste Fanggewicht bzw. die höchste Fangmenge geht, nicht der Fall. Das Bremische Fischereigesetz sieht deshalb bereits in § 19 ein Verbot von Wettfischen und fischereiliche Veranstaltungen mit Wettbewerbscharakter vor.

**Frage 5:**

5. Neue Schutzgebiete für Fische

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Gewässern des Landes neue Gebiete ausgewiesen werden, in denen jeglicher Fischfang verboten ist („no take zones“)?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

Wir setzen uns für ein Verbot schädlicher Fischereimethoden ein. Einige Fischarten in Bremens Gewässern werden bereits ganzjährig geschont, dürfen also zu keiner Jahreszeit geangelt werden. In den Küstengewässern Bremens ist die Fischerei frei – eine Hegeverpflichtung besteht nicht. Dagegen ist der Fischfang in den Fischwegen und in den unmittelbar angrenzenden Gewässerstrecken verboten. Eine Prüfung von Erweiterungsbedarfen werden wir sicherstellen.

**Frage 6:**

6. Tauben

a) Befürwortet Ihre Partei die Errichtung und Finanzierung weiterer betreuter Taubenschläge in Bremen durch die öffentliche Hand, um die Population tierfreundlich zu reduzieren?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

Der Aufbau des ersten Bremer Taubenhauses am Brill wird zeitnah abgeschlossen werden. Parallel setzen wir uns für ein grundsätzliches Tauben-Fütterungsverbot mit Ausnahmeregelungen ein. Über das betreute Taubenhaus kann so mit dem Austausch der

Gelege durch Attrappen die Taubenpopulation langfristig tierschutzgerecht reduziert werden. Bedarfe für weitere Taubenhäuser werden wir prüfen.

**Frage 7:**

7. Sachkundenachweis für Hundehaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt.

a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Bremen einsetzen?

**Position der SPD LAND BREMEN:**

Theoretische und praktische Sachkunde im Umgang mit Hunden trägt maßgeblich zu einem guten Miteinander von Mensch und Tier sowie zum Tierschutz bei und beugt einer Überforderung, die womöglich im Aussetzen oder Abgeben von Hunden endet, vor.

Durch eine Sachkundeprüfung soll sichergestellt werden, dass Halter\*innen ihre Hunde einschätzen können, gefährliche Situationen erkennen und befähigt sind, etwaigen Gefahren vorzubeugen. Wir begrüßen deshalb die Einführung einer Sachkundeprüfung für Hundehaltung in Bremen.